

ULRICH MAMMEY

Zur Situation der Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland

Werkstattbericht zum Projekt des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

Kurzfassung

Dieser Bericht kann nur in knapper Form die Schwierigkeiten der Konzeptualisierung und Durchführung einer auch in siedlungsstruktureller Hinsicht repräsentativen Panelbefragung unter Aussiedlern schildern sowie die vorläufigen Ergebnisse der ersten Grobauswertung der ersten Befragungsrunde vorstellen. In 1 219 Aussiedlerhaushalten der Zuzugsjahre 1989 bis 1991 wurden insgesamt 1 962 Personen, die zum Befragungszeitpunkt während des ersten Quartals 1991 noch überwiegend in Übergangswohnheimen untergebracht waren, zu den Wanderungsgründen, zur persönlichen und familialen Situation in den Herkunftsländern Polen, Sowjetunion und Rumänien sowie zu ihren Zukunftserwartungen in Deutschland befragt.

Zwischen den Haushaltsvorständen aus den drei Herkunftsländern sind deutliche Unterschiede hinsichtlich der demographischen Strukturen, der Gründe für die Aussiedlung, der Sprachkenntnisse sowie der regionalen Verteilung in Deutschland erkennbar. Da es sich bei Aussiedlern, die erst kurze Zeit im Bundesgebiet leben, um eine geographisch hochmobile Bevölkerungsgruppe handelt, ist mit einer Fortdauer des räumlichen Segregationsprozesses zu rechnen. Zu diesen Fragen, wie auch zu denen nach dem Integrationsverlauf während der ersten Jahre in Deutschland, wird die zweite Befragungsrunde im Frühjahr 1994 Antwort geben.

Die Idee zu diesem Projekt entstand im Jahre 1989, als erstmals mehr als 300 000 Aussiedler aus der damaligen Sowjetunion, aus Polen und aus Rumänien erwartet wurden. In Zusammenarbeit mit den für Aussiedlerfragen zuständigen Referaten des Bundesministeriums des Innern wurde eine Repräsentativbefragung von deutschstämmigen Zuwanderern aus diesen drei Ländern der Zuzugsjahre 1985 bis 1989 geplant, mit dem Ziel, Informationen über demographische Prozesse und den Verlauf der Eingliederung der Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten.

Nachdem die abzufragenden Themenbereiche abgesteckt waren, mußte die Frage der Stichprobenauswahl geklärt werden. Als grundsätzliches Problem stellte sich schnell heraus, daß es keine Information über die Grundgesamtheit der fünf Zuzugsjahrgänge wie z.B. in Form eines Aussiedlerregisters gibt. Aus Datenschutzgründen dürfen deutsche Staatsangehörige – und als solche gelten Aussiedler nach

der Definition im Grundgesetz – nicht in entsprechenden Registern geführt werden. Auch die Kommunen können ihren Einwohnerdateien in der Regel nicht entnehmen, wer von ihren Bürgern zu irgendeinem Zeitpunkt als Aussiedler in das Bundesgebiet eingereist war. Damit mußte das Konzept der repräsentativen retrospektiven Befragung von fünf Zuzugsjahrgängen fallengelassen werden.

Es mußte also ein anderer Ansatz gefunden werden, um eine befriedigende Repräsentativität der Stichprobe zu erreichen. Wenn es denn nicht möglich war, die Grundgesamtheit der Adressen der seit 1985 im Bundesgebiet gemeldeten Aussiedler zu erhalten, bot sich als zweitbestere Weg an, nicht Adressen von Personen, sondern Adressen von Übergangswohnheimen zur Erstellung einer Auswahl zu verwenden, die einer repräsentativen Stichprobe so weit wie möglich nahe kommt. Wie der Name sagt, dienen diese Wohnheime der übergangsweisen Unterbringung von Immigranten während der ersten Zeit ihres Aufenthalts im Bundesgebiet. Da Bewohner dieser Einrichtungen erst am Anfang ihres Eingliederungsprozesses stehen können, wäre es nicht sinnvoll gewesen, in diesem Stadium nach beruflichen Werdegängen, Umzügen und Familienbildungsprozessen zu fragen. Die Befragung wurde deshalb in zwei Befragungsrunden aufgeteilt, deren erste Anfang 1991 unter denen stattfand, die sich seit maximal zwei Jahren im Bundesgebiet aufhielten, während die zweite Runde für den Jahresbeginn 1994 geplant ist. Während in der ersten Runde vor allem die persönliche und familiäre Situation im Herkunftsland, die Wanderungsgründe sowie die Pläne und Zukunftserwartungen in Deutschland erfragt wurden, sollen in der zweiten Runde die Integrationserfolge (bzw. -mißerfolge), die räumliche Mobilität und die Weiterentwicklung der demographischen Zyklen nachgezeichnet sowie die aktuelle Situation in den verschiedenen Bereichen nach dann vier- bis fünfjährigem Aufenthalt in Deutschland festgestellt werden.

Die aktuellen Listen der Übergangswohnheime wurden uns nach dem üblichen Verwaltungsaufwand von den zuständigen Ministerien der Bundesländer zur Verfügung gestellt, einschließlich der Unbedenklichkeitsbescheinigungen und Empfehlungsschreiben, die den Interviewern des beauftragten Meinungsforschungsinstituts den Zugang zu den Verwaltungen der Übergangswohnheime erleichterten. Die Befragungen selbst fanden dann nach einem vorgegebenen Auswahlplan und auf freiwilliger Basis statt – allerdings gab es, nachdem die Schwierigkeiten bis dahin

Abbildung 1:
Verteilung der befragten Aussiedler nach verschiedenen Merkmalen
auf sechs siedlungsstrukturelle Kreistypen

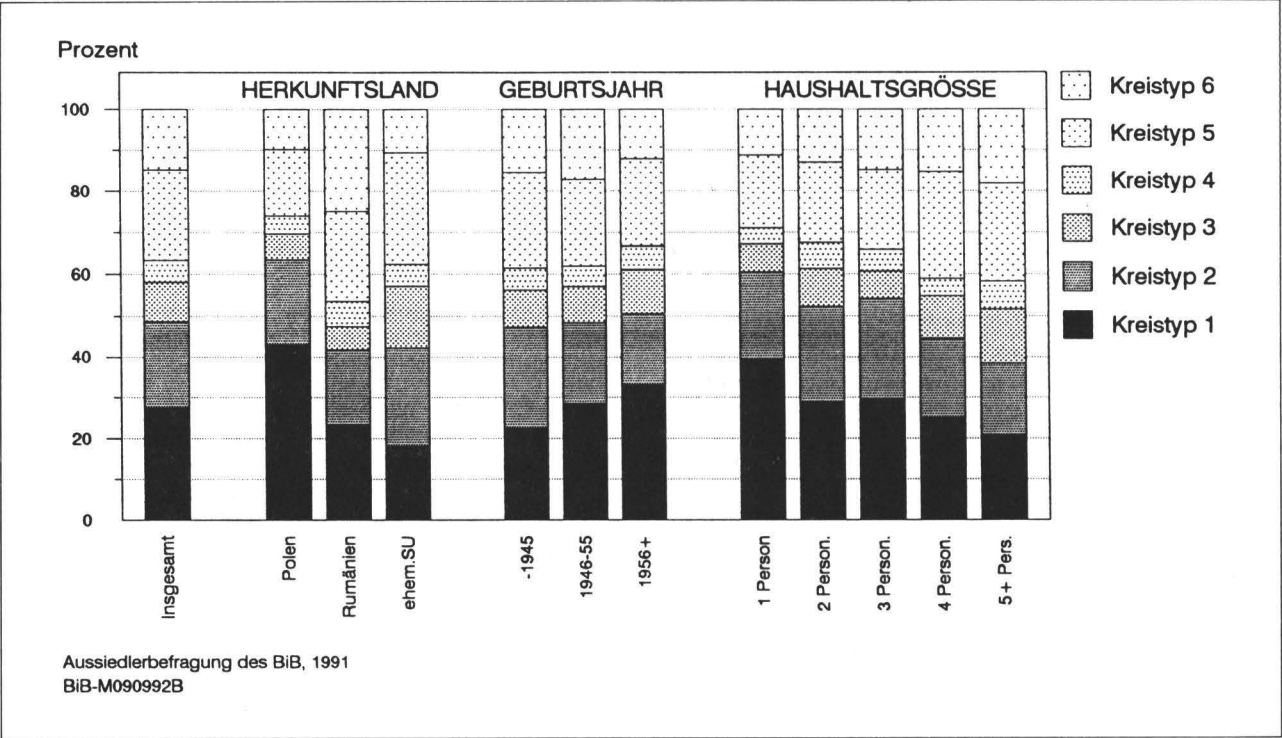
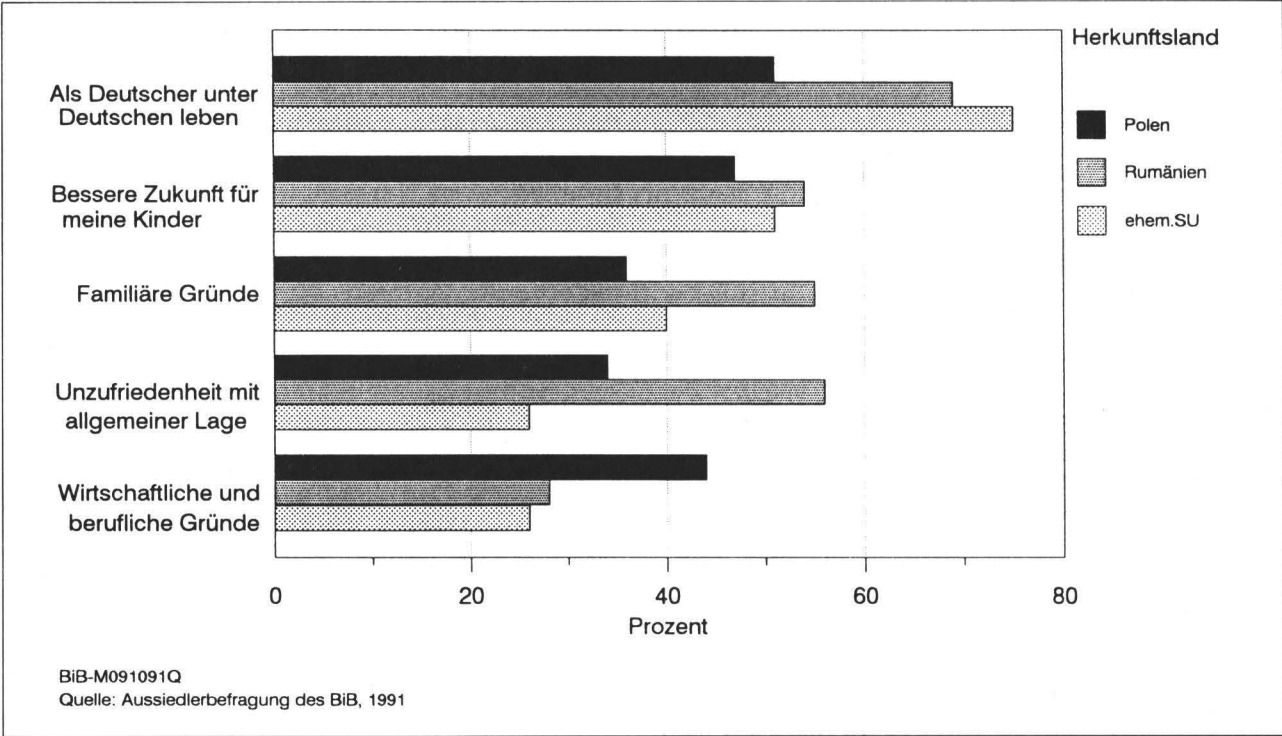


Abbildung 2:
Aussiedler 1990/91
Wanderungsgründe



überwunden waren, keine größeren Probleme, die Interviews auch durchzuführen. Die Befragten waren in der Regel sehr interessiert und kooperativ, häufig sogar überdurchschnittlich mitteilsam.

Da das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung über keinen eigenen Interviewerstab verfügt, wurde die Feldarbeit nach einer Ausschreibung an ein privates Meinungsforschungsinstitut vergeben.

Die Ergebnisse dieser Befragung sollten repräsentativ für die in den Jahren 1989/90 zugewanderten Aussiedler sein, und zwar hinsichtlich ihrer Verteilung auf die drei Herkunftsländer, und im Bundesgebiet nach ihrer regionalen Verteilung nach Bundesländern sowie nach den von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung definierten siedlungsstrukturellen Kreistypen (Stand Oktober 1990). Das Bundesverwaltungsamt kann Statistiken über die Neuzugänge von Aussiedlern lediglich in der Gliederung nach Bundesländern zur Verfügung stellen. Deshalb wurde ein Verfahren für die repräsentative Verteilung der zu Befragenden auf die Kreistypen innerhalb der einzelnen Bundesländer entwickelt, das man als eine mehrschichtige Klumpenauswahl bezeichnen könnte. Ausgangspunkt für die Entwicklung dieses Auswahlplans war die Regelung, die im Bundesgebiet eintreffenden Aussiedler nach einem vereinbarten Schlüssel zunächst auf die Länder zu verteilen. Die Länderquoten, d.h. die Soll-Zahlen, konnten jedoch außer acht gelassen werden, weil wir jederzeit über die vom Bundesverwaltungsamt erhobenen aktuellen Ist-Zahlen verfügen können (die – nebenbei bemerkt – in einigen Bundesländern beträchtlich von den Soll-Zahlen abweichen). Es galt nun, die Probanden innerhalb der elf "alten" Bundesländer auf die Kreistypen zu verteilen. Da hier ein fester und in allen Ländern identischer Verteilungsschlüssel nicht vorliegt, mußten wir davon ausgehen, daß die Aussiedler den Kreisen proportional zu ihrer Einwohnerzahl zugeteilt werden. Wir ordneten hierzu die Kreise zunächst nach ihrer Zugehörigkeit zum Kreistyp und innerhalb desselben nach ihrer Einwohnerzahl. Aus der Zahl der Aussiedlerzuzüge in ein Bundesland des Zeitraums 1989/90 sowie aus der Einwohnerzahl dieses Bundeslandes wurde ein Quotient berechnet, der die Schrittlänge zur Identifizierung der Auswahlkreise entlang der kumulierten Einwohner-Häufigkeitsverteilung darstellt. Um im Kostenrahmen zu bleiben, wurden aus den 1 200 zu befragenden Haushalten 120 Cluster zu je 10 Haushalten gebildet, die auf diese Weise auf das ganze Bundesgebiet systematisch verteilt wurden. So entfielen beispielsweise auf Berlin, Hamburg, München und Essen sowie auf den Rhein-Neckar-Kreis und den Ortenaukreis jeweils 20 zu befragende Haushalte, auf weitere 102 Kreise je 10 Haushalte. Ebenfalls aus Kostengründen war mit dem Befragungsinstitut vereinbart worden, mit den Interviews jeweils im größten Übergangswohnheim der Kreisstadt des Auswahlkreises zu beginnen. Nach einem vorgegebenen Quotenplan hinsichtlich der Verteilung der Probanden auf die drei Herkunftsländer (die in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich ist) sollten die zu befragenden Haushalte zufällig ausgewählt werden. Entsprechend diesem Vorgehen vertei-

len sich die befragten Haushaltsvorstände nahezu genauso wie die Gesamtbevölkerung auf die sechs siedlungsstrukturellen Kreistypen der alten Bundesrepublik, nämlich von Typ 1 (Kernstädte in Regionen mit großen Verdichtungsräumen) bis Typ 6 (die nicht weiter differenzierten Kreise in ländlich geprägten Regionen) mit 28, 21, 9, 5, 22 und 15 %.

Die Hauptbefragung wurde im ersten Vierteljahr 1991 durchgeführt, die Wiederholungsbefragung soll drei Jahre später stattfinden. Da es sich bei unseren Probanden, die zum Befragungszeitpunkt noch keine eigene Wohnung hatten, folglich um eine räumlich hochmobile Gruppe handelt, ist eine ständige Adressenpflege durch das Befragungsinstitut notwendig. Das wichtigste Instrument hierzu ist der Anschriftenprüfungsdienst der Bundespost, der jeweils im Herbst jedes Jahres bemüht und durch direkte telefonische Kontakte zu den Verwaltungen der Übergangswohnheime ergänzt wird. Zum Jahresende bringen wir uns bei unseren Aussiedlerfamilien mit einer Weihnachtskarte in Erinnerung.

Durch diese Aktionen versuchen wir, die Ausfallquote aus unserem Adressenbestand zu minimieren. Denn die Art und der Umfang der Wiederholungsbefragung wird nicht zuletzt davon abhängen, wie sich der Umfang und die Struktur der Adressendatei bis 1994 gegenüber der Ausgangsmasse verändert hat.

Bevor einige Ergebnisse der ersten Befragungsrunde vorgestellt werden, soll kurz die Struktur des Fragebogens erläutert werden: Wie gesagt, interessierte im ersten Durchgang – neben den kardinalen demographischen Daten aller Personen im Haushalt – vor allem die familiäre, die berufliche und die Wohnsituation im Herkunftsland, der Zeitpunkt der Antragstellung für die Ausreise sowie deren Gründe. Auch haben wir festgestellt, welche der Familienangehörigen bzw. Haushaltsmitglieder im Herkunftsland verblieben sind, um das Nachzugspotential berechnen zu können. Zur Situation in Deutschland interessierte die Zusammensetzung der Haushalte unter den mehr oder weniger provisorischen Verhältnissen in den Übergangswohnheimen, die Kenntnisse der deutschen Sprache, die Eingliederungsbemühungen in Form von Sprachkursen und Lehrgängen zur beruflichen Qualifizierung, die Anerkennung oder Nichtanerkennung von Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen sowie in einem dritten Abschnitt die Pläne für die Zukunft besonders im familialen Bereich sowie im Wohnsektor.

Die im folgenden vorgetragenen Befunde sind die Ergebnisse einer ersten Grundausswertung des Datenmaterials in Form von einfachen Kreuztabellierungen – noch ohne jegliche statistische Kontrollen von Dritt- und weiteren Variablen. Das heißt, diese Ergebnisse müssen, bevor nicht die notwendigen multivariaten Analyseverfahren beendet sind, noch mit Vorsicht interpretiert werden:

Die Stichprobe enthält insgesamt 1 219 Haushalte, davon proportional zur Struktur der Aussiedler der Jahre 1990/91 388 aus Polen, 377 aus Rumänien und 454 aus der ehemaligen Sowjetunion. 82 % der befragten Haushaltsvorstände sind männlich, 18 % weiblich. 82 % der Haushaltsvorstände sind verheiratet, von denen nahezu alle mit ihrem

Abbildung 3:
Gründe für die Aussiedlung
(Mehrfachnennungen!)

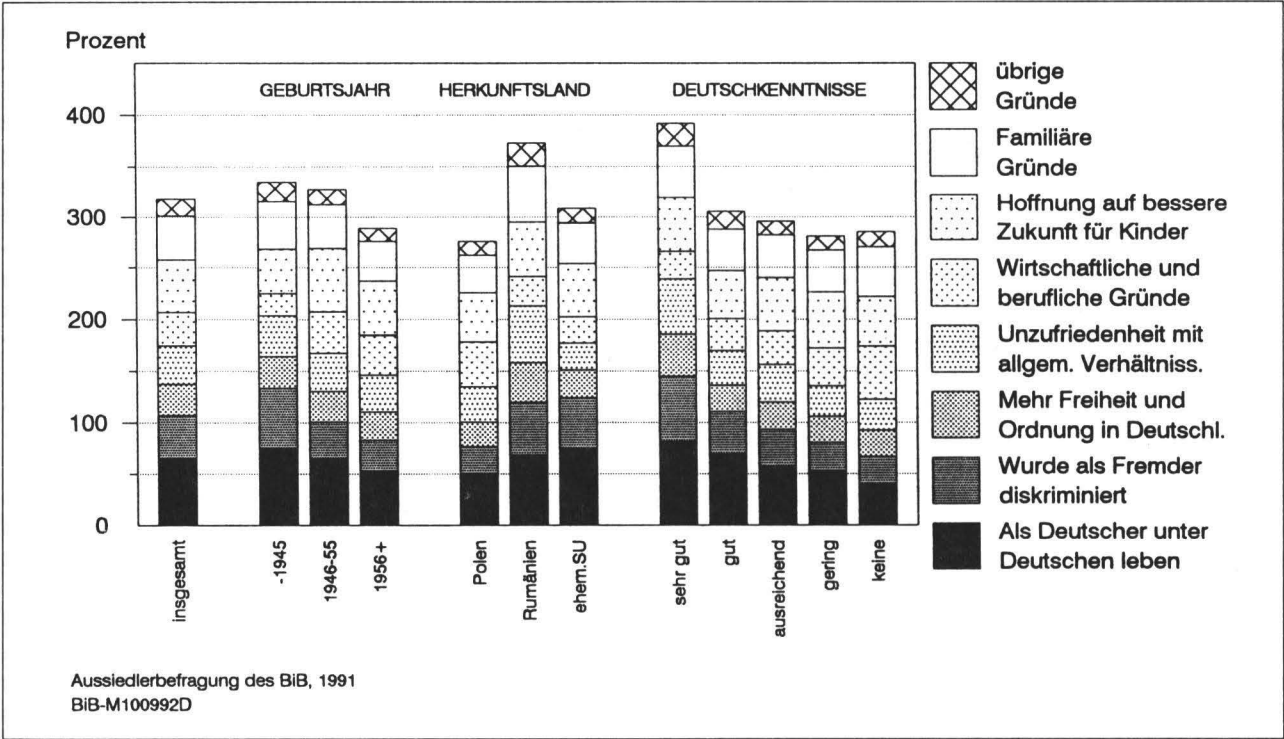
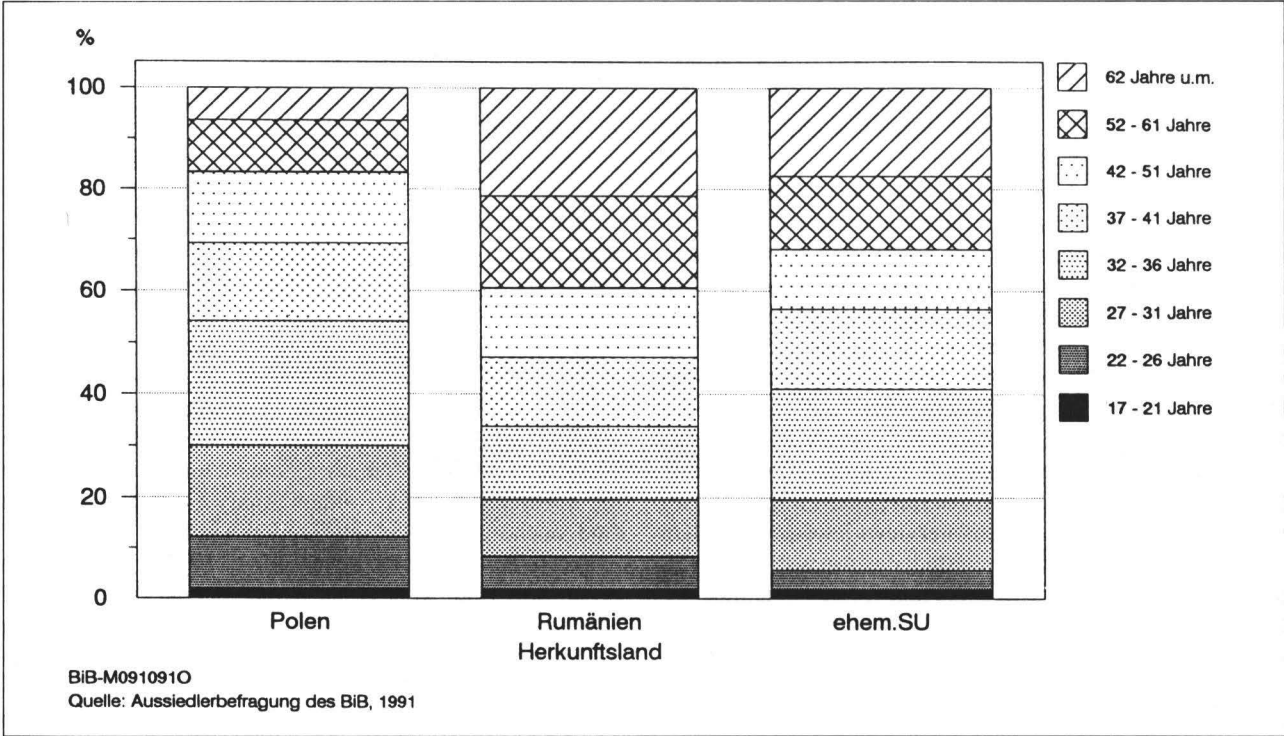


Abbildung 4:
Aussiedler 1990/91
Altersstruktur der befragten Haushaltsvorstände



Partner in Deutschland zusammenleben. Es gelang jedoch nicht, in allen Fällen die Ehepartner in die Befragung einzubeziehen, immerhin konnten 63 % oder 633 von genau 1 000 Ehepartner auch befragt werden. Weiterhin sollten als dritte Gruppe auch maximal zwei im gleichen Haushalt lebende erwachsene Kinder des Haushaltsvorstands befragt werden. Die Ausbeute war hier gering: Nur 72 erwachsene Kinder konnten befragt werden. Von den Eltern oder Schwiegereltern der Haushaltsvorstände erreichten wir 38, so daß die Gesamtzahl der befragten Personen 1 962 beträgt.

Die folgenden Ergebnisse beziehen sich ausschließlich auf die 1 219 Haushaltsvorstände. Zur regionalen Verteilung der Aussiedler ist zu sagen, daß bei ihrer erstmaligen Zuteilung in die Bundesländer persönliche Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigt werden, häufig geschieht die Verteilung jedoch schematisch nach dem vorgegebenen Schlüssel. Obwohl die Aussiedlerfamilien also ihre neue Wahlheimat mit der Zuteilung in eine bestimmte Region häufig noch gar nicht erreicht haben und ihre regionale Verteilung zum Zeitpunkt der Befragung sicherlich noch zufällige Momente enthält, zeigen sich deutliche regionale Präferenzen in Abhängigkeit von z.B. dem Alter oder von der Familiengröße. Es wurde bereits erwähnt, daß die Verteilung der Haushaltsvorstände auf die sechs siedlungsstrukturellen Kreistypen nahezu derjenigen der Gesamtbevölkerung entspricht. Interessant sind jetzt jedoch die Abweichungen von diesem Durchschnitt, wenn man die Stichprobe in Teilmassen unterteilt: Aussiedler aus Polen präferieren weit überdurchschnittlich die Großstädte in den Regionen mit großen Verdichtungsräumen sowie mit Verdichtungsansätzen (s. Abb. 1). Ein Teil dieser Präferenz läßt sich mit dem geringeren Durchschnittsalter sowie mit der überdurchschnittlich großen Zahl von Einzelpersonenhaushalten bei dieser Gruppe erklären, denn die Präferenz für die Großstädte in Verdichtungsräumen steigt mit sinkendem Alter und fällt mit ansteigender Familiengröße. Entsprechend überproportional fanden sich die großen Haushalte in den ländlichen Regionen bzw. in den Umlandkreisen mit geringer Verdichtung innerhalb der Regionen mit Verdichtungsansätzen – im Grunde eine Beobachtung, die mit derjenigen für die Gesamtbevölkerung im Bundesgebiet gut übereinstimmt. Zum gleichen Befund kommt man übrigens, wenn man die drei unteren Segmente der Säulen in dieser Abbildung zum Regionstyp 1, also zu den Regionen mit großen Verdichtungsräumen, zusammenfaßt: Auch hier zeigt sich die Präferenz für die Aussiedler aus Polen für diesen Regionstyp, wie auch der Zusammenhang zwischen Haushaltsgröße und Regionstyp.

Die Fragen nach den Wanderungsgründen wurden zum Zwecke des Vergleichs zum Teil aus einer Untersuchung übernommen, die fünf Jahre zuvor für die Bundesregierung durchgeführt worden war. Die Aussagekraft dieser holzschnittartigen Antwortkategorien darf nicht überschätzt werden. Nicht überraschend ist so z.B. die hohe Zahl der Nennungen bei dem vorgegebenen Bekenntnis "Ich will als Deutscher unter Deutschen leben". Es war zu erwarten, daß diese Kategorie von den meisten Befragten spontan markiert wird – vor allem, wenn sie ganz oben in der Liste der

möglichen Antworten steht. Interessant ist deshalb eher zu wissen, in welchen Aussiedlergruppen diese Kategorie unterdurchschnittliche Bedeutung hat, d.h. welche Teilmasse sich offensichtlich nicht so vordergründig zum Deutschtum bekennt. Unterdurchschnittlich verhalten sich hierbei jedenfalls die Aussiedler aus Polen, auch familiäre Gründe scheinen bei dieser Gruppe nicht die gleiche Bedeutung wie etwa bei den Aussiedlern aus Rumänien zu haben, die infolge einer größeren Zahl vorangegangener Aussiedlungen schon am häufigsten Verwandte in Deutschland haben. Auch war die Unzufriedenheit über die allgemeine Lage im Herkunftsland bei Aussiedlern aus Rumänien wohl am größten. Wirtschaftliche und berufliche Gründe wurden wiederum von Aussiedlern aus Polen überdurchschnittlich häufig genannt.

In der Abbildung 2 ist zu berücksichtigen, daß bei der Frage nach den Gründen für die Aussiedlung Mehrfachnennungen möglich waren. Die Abbildung 1 hat gezeigt, daß der "Wunsch, als Deutscher unter Deutschen zu leben" von über 50 % der Befragten angekreuzt wurde. Offensichtlich ist dieser Wunsch auch vom Alter abhängig, denn von über 75 % der bis 1945 Geborenen wurde diese Kategorie als wichtiger Wanderungsgrund genannt, gegenüber von gut 50 % der Jüngeren, nach 1955 Geborenen. Auch eine Diskriminierung als Fremder wurde von den Jüngeren weit weniger stark empfunden als von den Älteren. Sehr deutlich ist auch die Korrelation zwischen der Kenntnis der deutschen Sprache und dem Wunsch, als Deutscher unter Deutschen leben zu wollen: Je besser die Deutschkenntnisse sind, desto deutlicher ist dieser Wunsch ausgeprägt – und desto stärker wurde subjektiv im Herkunftsland eine Diskriminierung als Fremder empfunden. Auch die Erwartung, in Deutschland mehr Freiheit und Ordnung zu finden, korreliert deutlich positiv mit den Sprachkenntnissen. Befragungstechnisch ist in diesem Zusammenhang vielleicht noch von Interesse, daß selbst die Zahl der Nennungen eine Funktion der Deutschkenntnisse ist – obwohl doch der Fragebogen zweisprachig vorgelegt worden war.

Beim Vergleich der Altersstruktur der Aussiedler aus den drei Herkunftsländern fällt auch das geringe Alter der Haushaltsvorstände aus Polen auf: Alle vier unteren Altersklassen, also bis hin zu den 36jährigen, sind bei den Aussiedlern aus Polen viel stärker besetzt als bei den Aussiedlern aus den beiden anderen Ländern. Über 62jährige sind dagegen nur zu 7 % vertreten, im Gegensatz zu den Aussiedlern aus Rumänien, unter denen die Alten über 20 % ausmachen.

Dieser Befund korrespondiert mit der unterdurchschnittlichen Größe der Aussiedlerhaushalte aus Polen: Über 20 % sind Einpersonenhaushalte, während es aus den beiden anderen Ländern jeweils weniger als 10 % sind. Die größeren Haushalte mit fünf und noch mehr Personen kamen vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion.

Doch noch einmal zurück zum Alter, jetzt in der Kombination mit einigen anderen Merkmalen: Die Gesamtzahl der befragten Aussiedler läßt sich zweckmäßigerweise in die drei Geburtsjahrgangsklassen "bis 1945", "1946 bis 1955" und "1956 und später" einteilen. Auch hier sieht man

Abbildung 5:
Aussiedler 1991
Haushaltsgröße

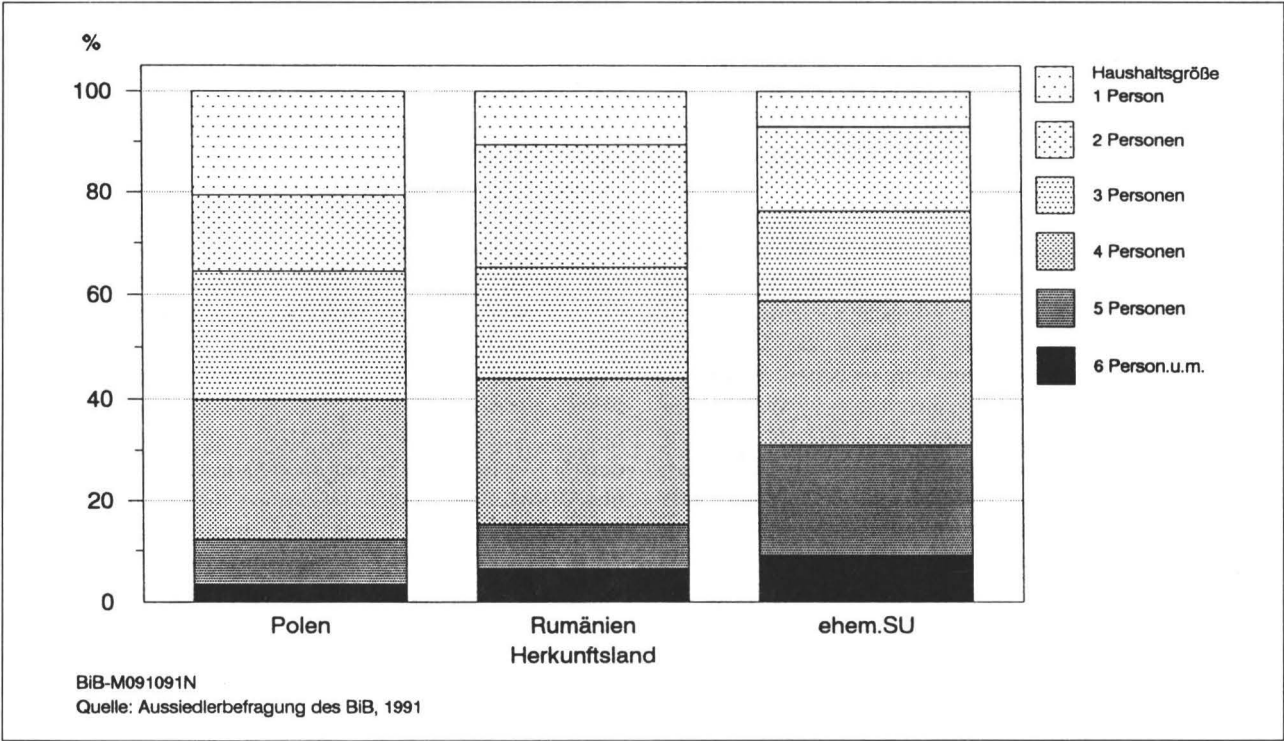


Abbildung 6:
Aussiedler nach drei Geburtsjahrgängen
und verschiedenen Merkmalen

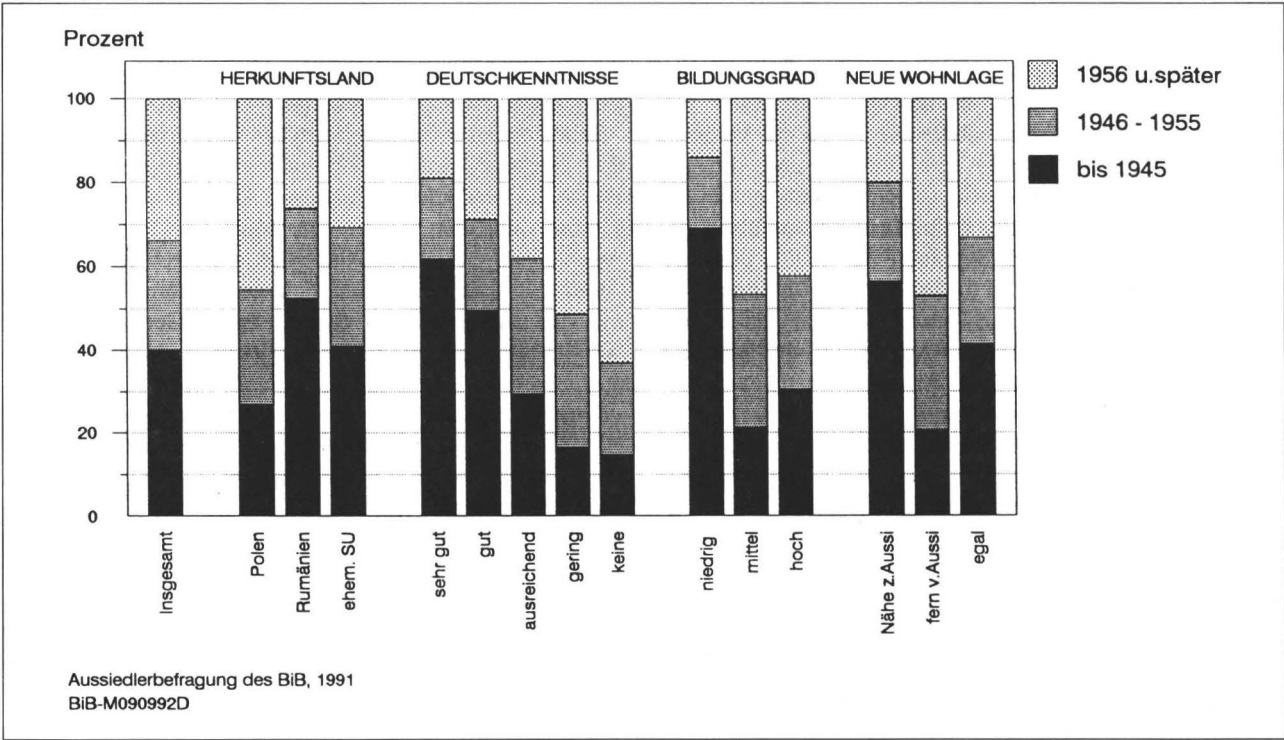


Abbildung 7:
Wie gut sprechen Sie deutsch?
(Kombination mit verschiedenen Merkmalen)

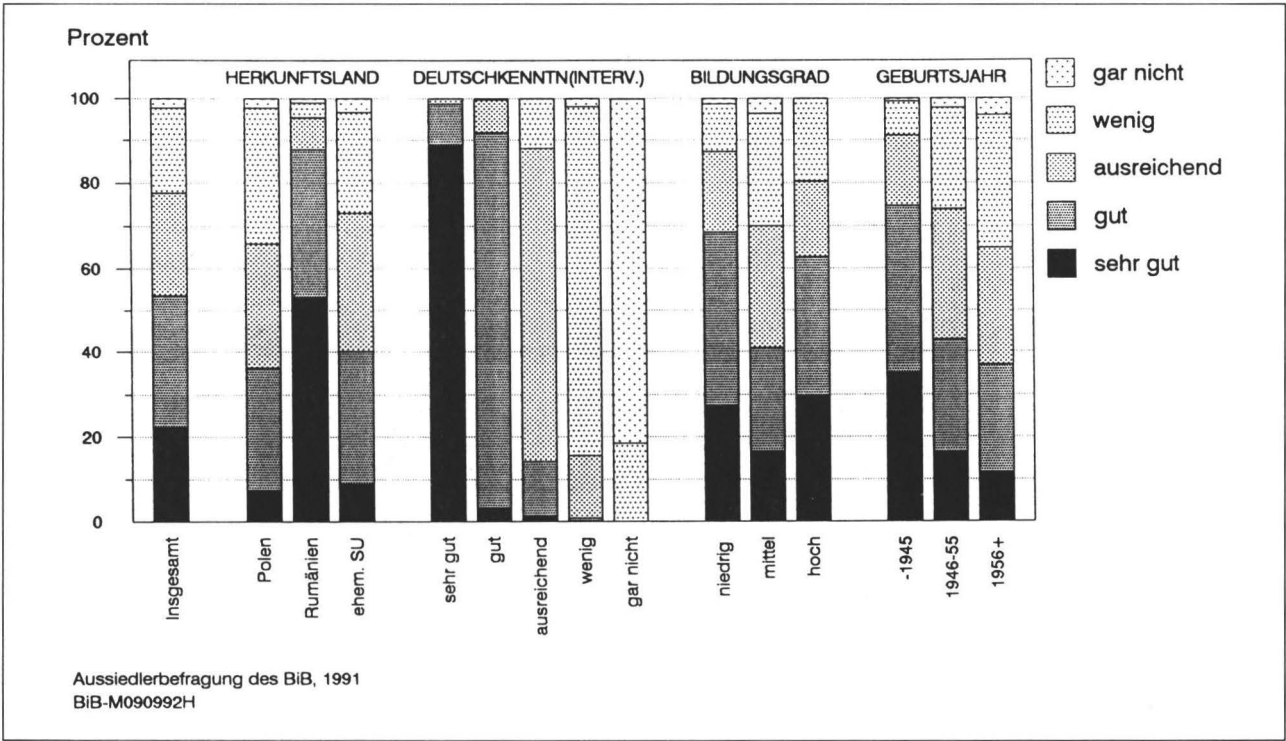


Abbildung 8:
Besuchen Sie deutsche Sprachkurse?
(Kombination mit verschiedenen Merkmalen)

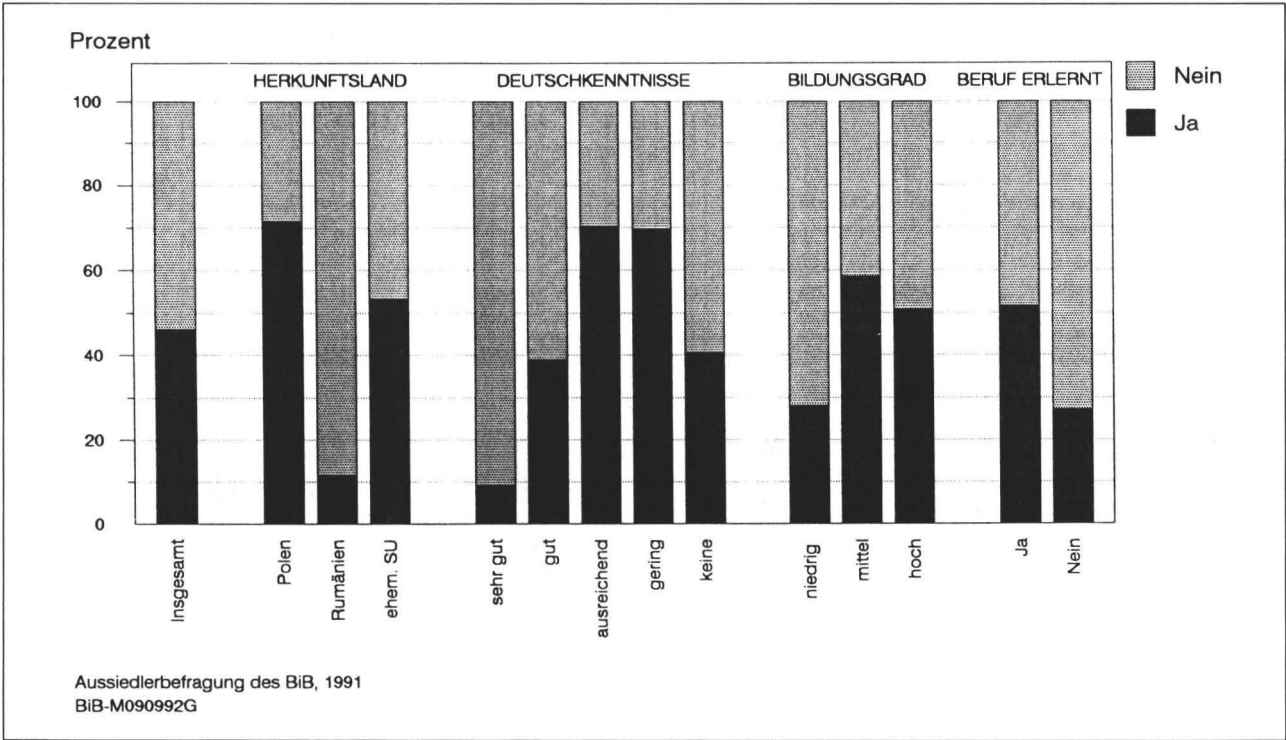


Abbildung 9:
Gründe für geplanten Umzug in eine andere Gemeinde/Region
(Mehrfachnennungen!)

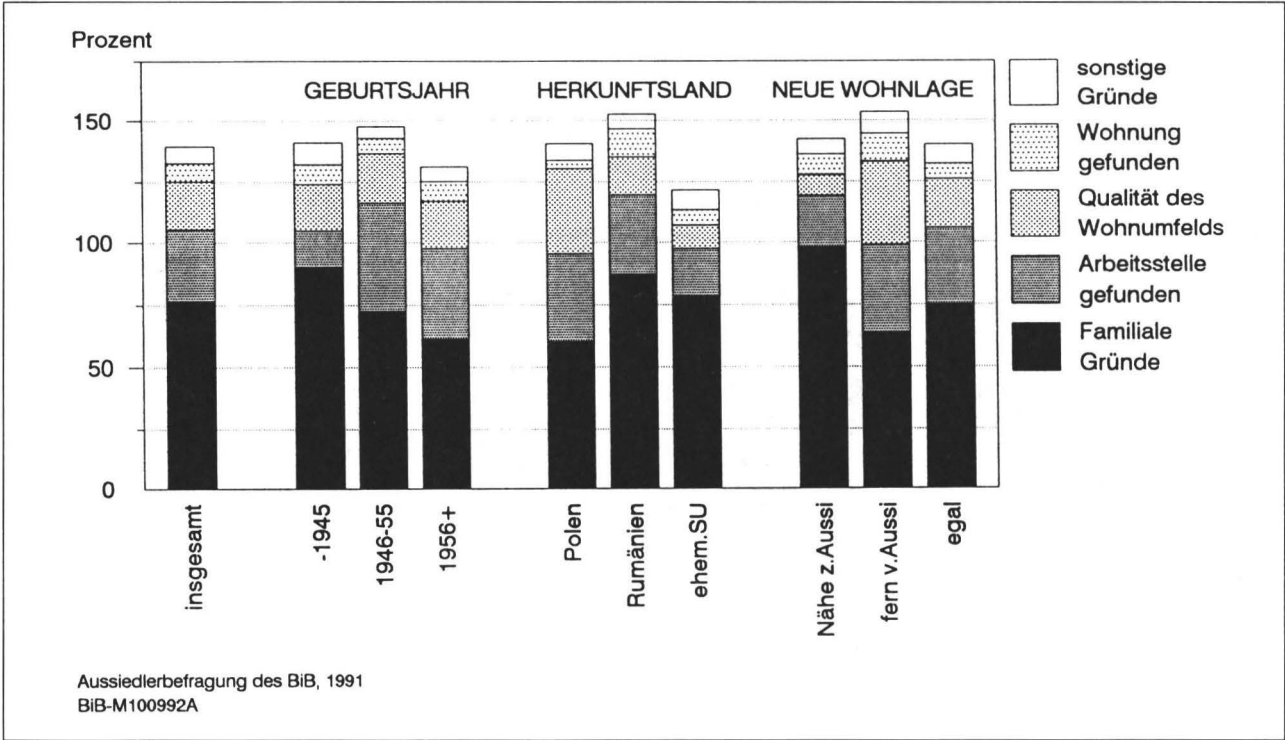


Abbildung 10:
Wollen Sie in Zukunft mit anderen Aussiedlern zusammen wohnen?
(Kombination mit verschiedenen Merkmalen)

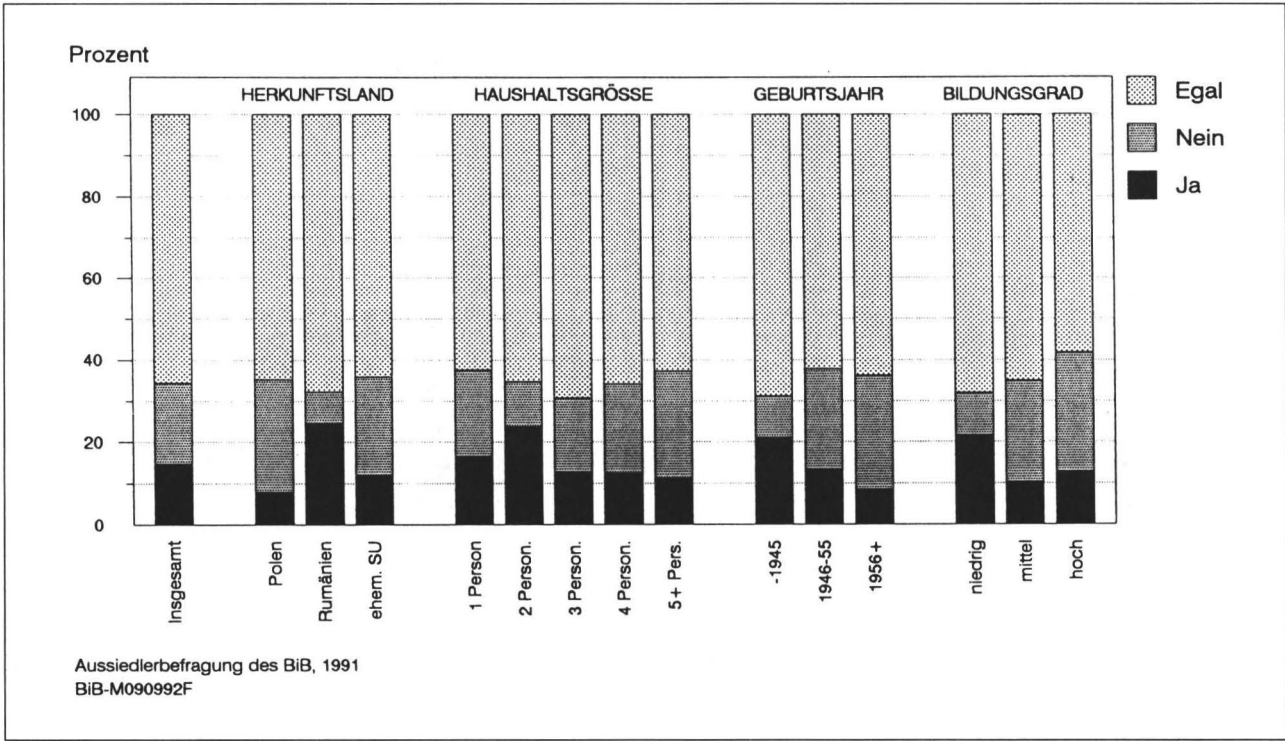


Abbildung 11:
Absicht, eigene Wohnung/eigenes Haus zu kaufen,
nach verschiedenen Merkmalen

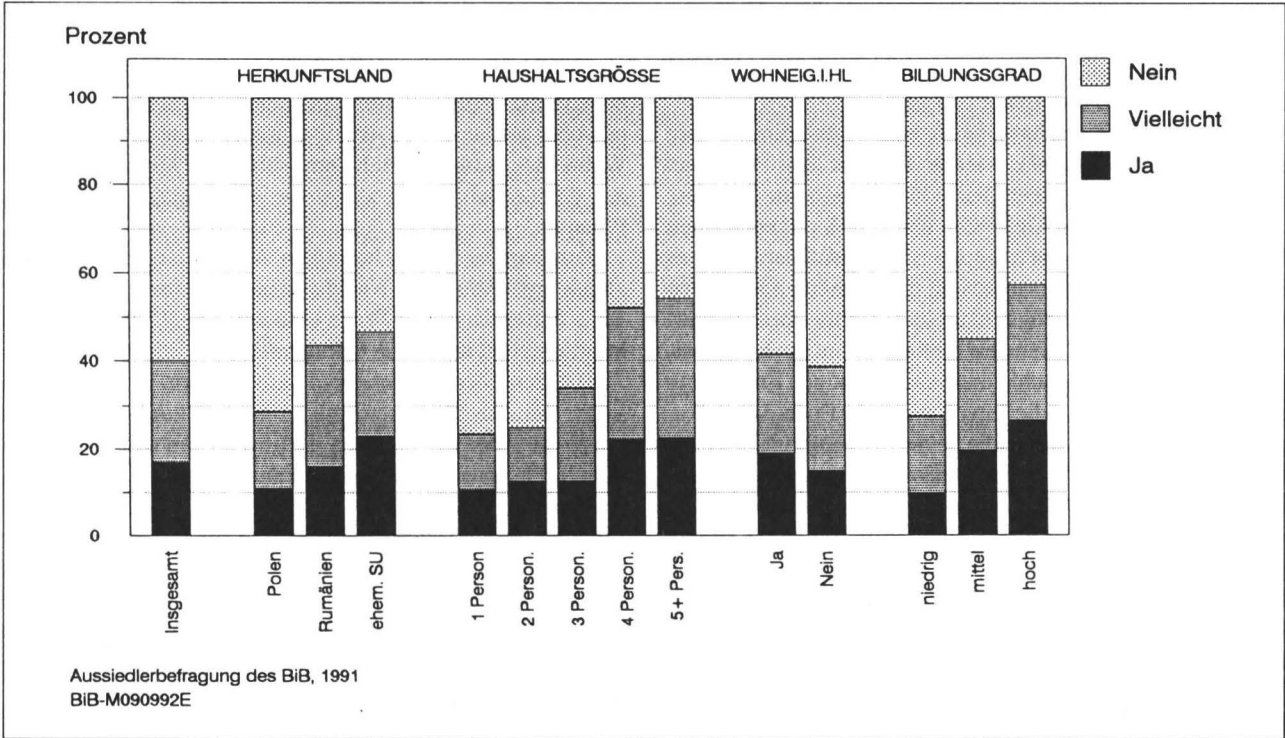
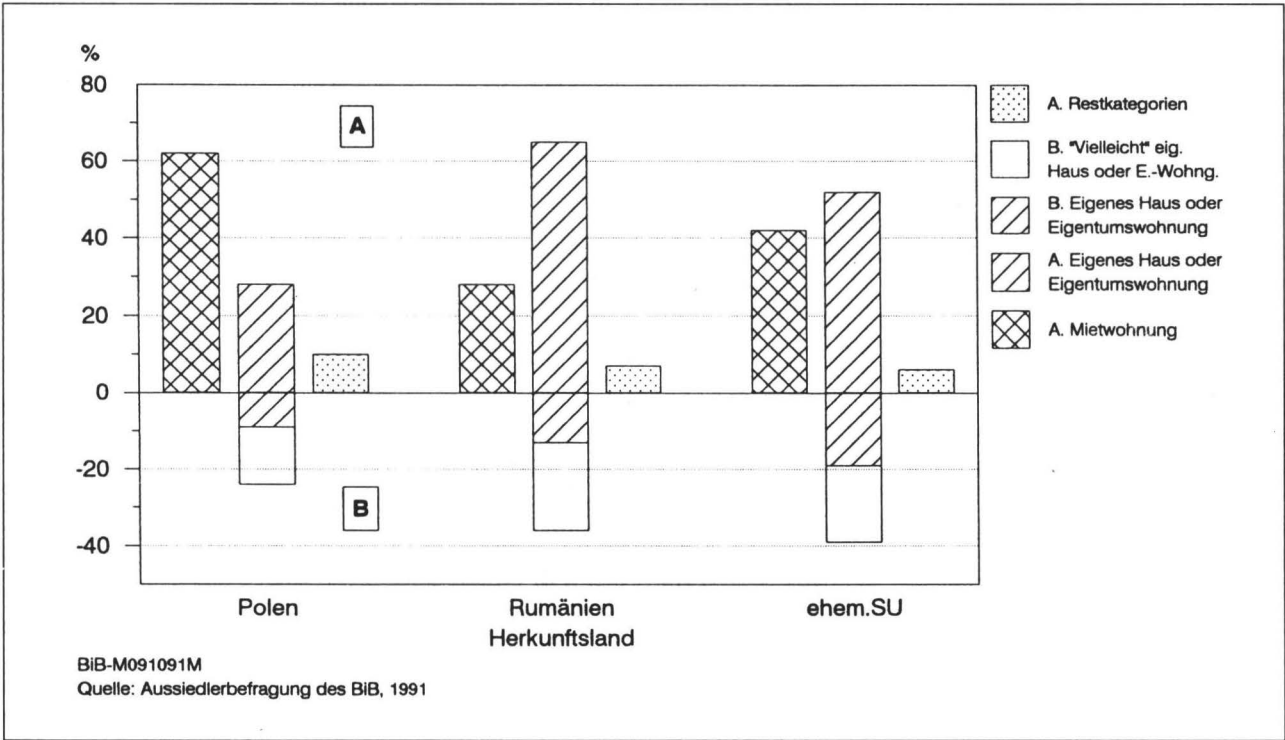


Abbildung 12:
Aussiedler 1991
A. Wohnverhältnisse im Herkunftsland
B. Erwünschte Wohnverhältnisse in Deutschland



wieder, daß fast die Hälfte der Haushaltsvorstände aus Polen noch verhältnismäßig jung ist. Der Grad der Deutschkenntnisse korreliert eindeutig mit dem Alter: Diejenigen mit sehr guten Deutschkenntnissen entstammen zu über 60 % der Jahrgangsklasse "bis 1945", während auf der anderen Seite diejenigen ohne alle Deutschkenntnisse zu über 60 % den Jahrgängen "1956 und später" zugehören.

Zur subjektiven Einschätzung der Deutschkenntnisse wäre noch zu sagen, daß nur wenige Prozent der Befragten angaben, überhaupt keine Deutschkenntnisse zu besitzen. Auffällig ist der hohe Anteil von über 50 % mit sehr guten Kenntnissen im Falle der Migranten aus Rumänien – aber es ist ja eine bekannte Tatsache, daß die Rumäniendeutschen noch am ehesten die Möglichkeit hatten, ihre Sprachkenntnisse zu pflegen. Im nächsten Balkencluster ist die Selbsteinschätzung der Deutschkenntnisse derjenigen Einstufung gegenübergestellt, die die Interviewer am Ende der Befragung vorzunehmen hatten. Die beiden Einstufungen stimmten recht gut überein; in den beiden extremen Kategorien gab es (geringe) Abweichungen von 10 bis 20 % – natürlich nur an jeweils einem Ende. Lediglich in der Mitte kamen größere Abweichungen zwischen der Selbsteinschätzung und der Bewertung durch den Interviewer vor. Daß Deutschkenntnisse nicht unbedingt etwas mit dem Bildungsgrad der Befragten zu tun haben müssen, zeigt der nächste Vergleich: Während Haushaltsvorstände mit niedrigem und hohem formalen Schulabschluß in etwa ähnliche Strukturen haben, fallen diejenigen mit mittlerem Bildungsgrad negativ aus dieser Reihe heraus. In der Gliederung nach Geburtsjahrgangsgruppen zeigt sich das schon bekannte Bild: Je jünger, desto spärlicher sind die Deutschkenntnisse.

Vor dem Hintergrund dieser Informationen versteht man vielleicht, warum Aussiedler als Wanderungsgrund auch angeben, es gehe ihnen darum, daß ihre Kinder mit der deutschen Sprache aufwachsen.

Das Beherrschen der Landessprache ist eine wichtige Bedingung für die Eingliederung in eine Gesellschaft. Als eine der wichtigsten Eingliederungsmaßnahmen gelten deshalb Kurse zum Erlernen der deutschen Sprache. Es ist deshalb nur folgerichtig, daß der Bedarf bei denen am größten ist, die in eigener Einschätzung oder nach dem Urteil der Interviewer keine oder nur geringe Deutschkenntnisse mitbringen. Aussiedler aus Polen, die, wie gezeigt wurde, die geringsten Sprachkenntnisse haben, nehmen deshalb auch am stärksten diese Angebote wahr, gefolgt von den Aussiedlern aus der Sowjetunion. Den direkten Zusammenhang zwischen dem Grad der Sprachbeherrschung und der Teilnahme an Sprachkursen vermittelt das nächste Balkencluster: Von 9 % bei denjenigen, die die Sprache schon sehr gut beherrschen, steigt die Prozentzahl der Sprachkursbesucher auf 70 % bei denjenigen an, die immerhin ausreichende oder nur geringe Kenntnisse haben. Im Falle derjenigen, die angeblich überhaupt kein Deutsch sprechen, sinken die Anstrengungen offensichtlich wieder auf 40 %. Hier scheint sich ein Problempotential zu bilden, dem vielleicht besondere Beachtung geschenkt werden muß. Ein abschließendes Urteil hierzu wäre allerdings erst nach weiteren Analysen möglich.

Konkrete Umzugspläne nach einem anderen Ort wurden von 42 % der Befragten geäußert. Familiäre Gründe standen hierbei im Vordergrund, vor allem bei den Älteren, am wenigsten bei den Aussiedlern aus Polen und sehr stark bei denen, die den Wunsch hatten, mit ihresgleichen, das heißt mit anderen Aussiedlern, in einer Nachbarschaft zusammen zu wohnen – so wie sie es wahrscheinlich im Herkunftsland gewohnt waren. Einen Arbeitsplatz außerhalb des aktuellen Wohnortes gefunden zu haben, gaben vor allem die mittleren Geburtsjahrgänge sowie die Haushaltsvorstände aus Polen an.

Allerdings ist es den befragten Aussiedlern in der Regel gleich, mit wem sie in Nachbarschaft zusammenleben. Nur 34 % hatten zu dieser Frage eine von "Egal" abweichende Meinung, und nur 15 % bekundeten eine Präferenz für das Zusammenleben mit anderen Aussiedlern. Am stärksten zeigte sich diese Präferenz mit 25 % bei den Aussiedlern aus Rumänien, bei den Älteren und bei denen mit niedrigem Schulbildungsgrad, am schwächsten mit 8 % bei den Aussiedlern aus Polen.

Interessant sind auch die Antworten auf die Frage nach der Absicht, irgendwann eine eigene Wohnung oder ein Haus zu kaufen. Obwohl ein hoher Prozentsatz besonders der Aussiedler aus Rumänien und aus der Sowjetunion ein eigenes Haus besessen hatte, ist der Wunsch nach Wohneigentum in Deutschland realistischere eher gering. 60 % beantworteten die Frage eindeutig mit Nein, 13 % mit einem Vielleicht und nur 17 % mit einem eindeutigen Ja. Allerdings ist diese Absicht je nach Herkunftsland sehr unterschiedlich stark ausgeprägt, nämlich am stärksten bei denen aus der ehemaligen Sowjetunion und am geringsten bei denen aus Polen. Verständlicherweise steigt dieser Wunsch mit der Haushaltsgröße, aber auch mit dem Schulbildungsgrad.

In der Gegenüberstellung der Wohnform im Herkunftsland mit der angestrebten Wohnform in Deutschland kommt diese realistische Beurteilung der Chancen, in Deutschland zu Wohneigentum zu kommen, recht gut zum Ausdruck: Nur verhältnismäßig wenige derjenigen, die im eigenen Haus zu wohnen gewohnt waren, glauben offensichtlich an die Realisation dieser Wohnform auch in Deutschland. Bei den Aussiedlern aus Rumänien und aus der Sowjetunion, die dort überwiegend im eigenen Haus wohnten, wird Wohneigentum in Deutschland noch am ehesten angestrebt, bei denen aus Polen, die auch dort überwiegend in Mietwohnungen lebten, am wenigsten. Selbst mit dem "Vielleicht" wird der ehemalige Anteilswert nicht mehr erreicht.

Wie gesagt, was sich von diesen Wünschen, Vorstellungen und Absichten erfüllt und realisiert oder zumindest konkretisiert haben wird, wird die zweite Befragungsrunde ergeben. In welcher Form die Wiederholungsbefragung durchgeführt werden wird, hängt nicht zuletzt von dem Erfolg der Adressenpflege ab und von den Themen, die dann auf politischer Seite interessieren. Wir haben uns jedenfalls vorgenommen, in dieser Beziehung nach vielen Seiten offen zu sein.

Ich komme noch einmal auf die Aussiedler aus Polen zurück, die in vielen Beziehungen vom Durchschnittsbild

der Aussiedler insgesamt abweichen: Sie sind jünger als der Durchschnitt, sie sind häufiger ohne Familienangehörige und eher aus wirtschaftlichen und beruflichen Gründen gekommen, sie präferieren überwiegend die Großstädte und Verdichtungsgebiete und sie beherrschen die deutsche Sprache häufig nur mäßig. Wenn unsere polnischen Kollegen, mit denen diese Ergebnisse besprochen wurden, in ihren Vermutungen richtig liegen, dann besteht ein Teil dieser Aussiedler aus potentiellen Rückkehrern nach Polen. Es ist nicht auszuschließen, daß ein noch nicht abschätzbarer Teil der Jüngeren zur Zeit emotional und real zwischen

Polen und Deutschland pendelt. Wir sehen jedenfalls gespannt der nächsten Befragungsrunde entgegen, einerseits, weil wir dieser Frage gezielter nachgehen wollen, und andererseits, weil hierdurch Auswirkungen auf den Umfang und die Struktur unseres Panels zu erwarten sind.

*Wiss.Dir. Dr. Ulrich Mamme
Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
Gustav-Stresemann-Ring 6
65180 Wiesbaden*